

Für Frieden und Versöhnung

Der deutsche Abiturient Jonas Hahn betreut bei der Aktion Sühnezeichen die vor der Shoah geflohene Ester Golan. Für die Israelin war Deutschland lange ein Tabuthema. **Seite 3**



ÖBS - billiger als rumsitzen

Für ihr Beschäftigungs- und Referenzprojekt der LINKEN in Berlin kämpft Senatorin Carola Bluhm auch im Chefgespräch. Untätigkeit als Alternative sei teurer, sagt sie im Interview auf **Seite 11**



Literatur im ND

Von Lothar Sell illustriert: Strittmatters Briefe nach Bohsdorf. Außerdem ist von dem Dichter »Nesselkönig« zu erfahren. Die Seite »Politisches Buch« gilt dem Nahen Osten und Afrika. **Seiten 16 und 17**

Standpunkt

Tauschgeschäft

Von Uwe Kalbe

Das politische Geschäft ist ein Tauschgeschäft. Keine Sache meist für moralische Sensibelchen. Umso bizarrer wirkt es, wenn Leute wie Joschka Fischer bekennen, sie schämten sich. Wegen der Bundesregierung, die Deutschland am Bombardement Libyens nicht beteiligen will. Fischer muss sich doch erinnert fühlen an die eigene Zeit als Außenminister. Als er gemeinsam mit Kanzler Schröder verkündete, Deutschland beteilige sich nicht am Krieg gegen Irak.

Die Kritik der Opposition zur Rechten war schrill, Scham spielte eine wichtige Rolle dabei. Doch auch wenn noch heute ab und zu vom »Friedenskanzler« die Rede ist, hat sich doch längst gezeigt, dass die deutsche Nichtbeteiligung keine Verweigerung war. BND-Beamte lieferten Koordinaten an die Bombardierer, Fuchs-Spürpanzer beteiligten sich etwas abseits, in Kuwait, am Kampf gegen das Böse. Deutsche US-Stützpunkte waren feste Glieder in der logistischen Kette des Krieges und deutsche Schiffe im Persischen Golf übernahmen Aufgaben zur Unterstützung der Angreifer.

Nun also AWACS-Flugzeuge für Afghanistan, in die deutsche Besatzungen klettern, damit ihre US-Kameraden Zeit für Libyen haben, in den NATO-Kommandozentralen beteiligen sich deutsche Militärs an der Planung des Einsatzes und amerikanische Stützpunkte werden eine wichtige Rolle für den Nachschub an Kampfkraft spielen. Der Krieg ist nichts Moralisches. Immer ist er auch ein Geschäft. Und zuweilen ein Tauschgeschäft.

Unten links

In Dresden können jugendliche Straftäter statt zu Arbeitsstunden zum **Lesen** von Büchern verurteilt werden. Für Rowdys böte sich logischerweise Schiller an: »Randale und Hiebe« – wahrlich ein deutsches bürgerliches Trauerspiel. Die Methode hat Verbreitungswert. Aktivisten des Konsumterrors etwa sollten sämtliche Markenartikel bei »Humana« abgeben und sich sofort an die Bibel machen müssen, speziell Galaterbrief: »Einer trage des anderen Bast.« Leute, die sich selbst noch im 21. Jahrhundert dazu verführen ließen, in eine Partei einzutreten, bekommen Shakespeare übergeben: »Der Widerspenstigen Lähmung«. Weil es Politiker kaum anfindet, dass man ihnen die Leviten liest, könnte man auch sie strafend zwingen, selber zu lesen. Claudia Roth wird zum Selbsterkenntnistrip verdammt, mit Wolfgang Schreyers Thriller »Das grüne Ungeheuer«. Bei vielen Politikern freilich geht alles nur mit härtestem Urteil, also schwerster, hirnsprengender Lektüre: dem Grundgesetz. *hades*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



AWACS-weiche Bundesregierung

Zusätzliche Soldaten für Afghanistan sollen westliches Bündnis in Libyen entlasten

Von Uwe Kalbe

Die Bundesregierung hat am Mittwoch beschlossen, Besatzungen für AWACS-Flugzeuge über Afghanistan einzusetzen, um die NATO-Verbündeten bei ihrem Kriegseinsatz in Libyen zu entlasten. Gleichzeitig wurden Schiffe vor der libyschen Küste aus dem NATO-Verband abgezogen. Heftiger Streit im Bundestag war die umgehende Folge.

Im Schatten des Kompetenzstreits in der NATO zum Bombardement Libyens sucht die Bundesregierung eilig nach einem eigenen Ausweg. Zwar hält sie sich, was die Bombardierungen angeht, heraus. Am Mittwoch wurden darüber hinaus die Schiffe der Bundeswehr

Grabenkämpfe - Libyenkrieg spaltet die NATO *Seite 2*
Kommentar: Die Kultur der Cruise Missile *Seite 4*

aus den NATO-Verbänden im Mittelmeer abgezogen und unter deutsches Kommando gestellt. Zugleich will die Bundesregierung keinen Zweifel an der Bündnistreue Deutschlands aufkommen lassen. Und während der NATO-Rat auch am Mittwoch noch keine klare Entscheidung über Zuständigkeiten und Ziele der Operation zu formulieren vermochte, die Angriffe auf Luftabwehrstellungen sowie Ziele in Tripolis aber weiter fortgesetzt wurden, beschloss die Koalition in Berlin die Entsendung zusätzlicher Soldaten nach Afghanistan. Sie sollen die AWACS-Aufklärungsbesatzungen über Afghanistan verstärken und auf diese Weise vor allem die USA für ihren Einsatz gegen Libyen entlasten, wie das Bundeskabinett am Mittwoch entschied.

Diese Entsendung macht ein neues Mandat des Bundestages nötig, das schon am Freitag beschlossen werden soll. Am Mittwoch kam es zur ersten erhitzten Debatte des Hohen Hauses. Dabei warfen SPD und Grüne der Koalition ein Vorgehen im Schweinsgalopp vor, wie der Vertreter der Sozialdemokra-



ND-Foto: Wolfgang Frotscher

ten Gernot Erler es formulierte. Er wies darauf hin, dass der Bundestag das AWACS-Mandat bereits 2009 erteilt hatte. Zum Einsatz kam es allerdings unter anderem wegen verweigerter Überflurechte durch Aserbaidschan und Kirgisistan nicht. Inzwischen ist dieses Hindernis beseitigt, weil eine neue Route gefunden ist, die in der Türkei ihren Anfang nimmt. Im April läuft das Mandat jedoch aus und muss deshalb erneuert werden. Die Bundesregierung präsentiert der NATO in einer Geschenkpäckung, was sie längst zugesagt habe, so Erler.

Kurzum: Die SPD plädiert, wie auch die Grünen, für eine unverfälschte Solidarität, einen offen be-

kennenden Einsatz gegen den libyschen Machthaber, keine »Mogelpackung«, wie Gernot Erler der Regierung vorwarf. Ein »Desaster der Passivität« prangerte seinerseits Omid Nouripur an, der Vertreter der Grünen, der in der übereilten Entscheidung zu AWACS den Versuch der Regierung erkannte, den »deutschen Sonderweg« zu Libyen vergessen zu machen. Das habe mit einer »wertebundenen Außenpolitik nichts zu tun«, so Nouripur. Ganz anders bewertete der Sprecher der Linkspartei Wolfgang Gehrcke den Sachverhalt, der wenigstens im Abzug der Schiffe vor Libyen eine vernünftige Maßnahme erkannte. Ein neues AWACS-Mandat diene

allerdings der Ausweitung des Krieges in Afghanistan und sei nicht zustimmungsfähig. Nicht der kleinste Finger werde sich bei der LINKEN dafür rühren.

In seiner ersten Rede als Verteidigungsminister räumte Thomas de Maizière mit allen Illusionen auf. Der Abzug der Schiffe sei keine zusätzliche Abstinenz Deutschlands. Ihr Einsatz unter NATO-Kommando hätte den sofortigen Segen des Bundestages erfordert. Neuer Zank wäre damit programmiert. Aber natürlich, so beruhigte de Maizière alle Zweifler, würden deutsche Soldaten auch im Falle Libyens ihre Pflicht gegenüber der NATO erfüllen – in den Integrierten Kommandozentralen der Allianz.

Warnung vor belastetem Trinkwasser in Tokio

Reparaturarbeiten am Katastrophen-AKW Fukushima stocken / Erhöhte Strahlung befürchtet

Belastetes Trinkwasser in Tokio, Probleme am Atomkraftwerk Fukushima und Nachbeben: In Japan ist knapp zwei Wochen nach der Erdbebenkatastrophe keine Entspannung in Sicht.

Tokio/Berlin (Agenturen/ND). In einer Wasseraufbereitungsanlage Tokios seien erhöhte Werte an radioaktivem Jod 131 festgestellt worden, sagte ein Sprecher der Hauptstadtpräfektur. Der Wert habe 210 Becquerel pro Liter betragen. Der Grenzwert des Gesundheitsministeriums liegt für Babys bei 100 Becquerel pro Kilogramm – das entspricht einem Liter Wasser. Für Erwachsene und ältere Kinder beträgt der Grenzwert in Japan 300 Becquerel pro Kilo. Regierungssprecher Yukio Edano betonte, dass die Grenzwerte sehr streng seien. In Deutschland dürfen Milch und Säuglingsnahrung zum Beispiel mit mehr als 370 Becquerel pro Liter nicht mehr in

den Handel. Kinder unter einem Jahr sollen in allen zentralen Bezirken in Tokio und in mehreren westlich gelegenen Städten kein Leitungswasser mehr trinken. Auch damit zubereitetes Milchpulver ist tabu. Der Gouverneur der Hauptstadtpräfektur Tokio, Shintaro Ishihara, rief zur Ruhe auf. Die Warnung sei eine Vorsichtsmaßnahme, da sich das radioaktive Jod über die Zeit in der Schilddrüse konzentrieren könne.

Regierungssprecher Edano warnte vor Panikkäufen von abgefülltem Wasser. Schon zuvor war im Trinkwasser in fünf Orten der Präfektur Fukushima ein für Babys zu hoher Wert an radioaktivem Jod gemessen worden.

Eigentlich wollten die Arbeiter am Mittwoch versuchen, die Stromversorgung in den Problemmeilern des Atomkraftwerks Fukushima wieder herzustellen. Damit soll das defekte Kühlsystem

angeworfen werden, um eine drohende Kernschmelze aufzuhalten. Doch neuer Rauch über Block 3 verhinderte das. Die Helfer mussten das Gelände verlassen, berichtete der Sender NHK. Der Reaktor konnte auch nicht wie geplant mit Wasser besprüht werden, meldete die Nachrichtenagentur Kyodo. Zudem bestünden Sorgen, weil die Temperaturen in Reaktor 1 und 3 stiegen. Das Erdbeben und der Tsunami hatten das Kraftwerk Fukushima Eins teilweise zerstört.

Auch außerhalb der Sicherheitszone von 30 Kilometern um das Atom-Wrack könnte nach Schätzungen der Regierung womöglich stark erhöhte radioaktive Strahlung auftreten. Die Evakuierungszone – sie beträgt 20 Kilometer – soll dennoch nicht erweitert werden. An manchen Orten außerhalb der Sicherheitszone könnte die Strahlung zeitweise bei mehr als 100 Millisievert pro Stunde liegen,

sagte Regierungssprecher Edano. Dabei bezog er sich auf eine Computersimulation. Die natürliche Hintergrundstrahlung liegt bei etwa 2 Millisievert pro Jahr. In dem Dorf Iitate, 40 Kilometer von dem Kraftwerk entfernt, wurden bereits jetzt extrem hohe Cäsium-137-Werte gemessen, berichtete NHK.

Die Regierung riet den Menschen, keinen Spinat oder Kohl aus Fukushima zu essen. Für immer mehr Gemüse aus der Gegend um das Krisenkraftwerk gilt ein Lieferstopp. Das Gesundheitsministerium veröffentlichte dazu eine Liste mit elf Gemüsearten, bei denen eine teils drastisch erhöhte Radioaktivität festgestellt wurde.

Der Deutsche Bundestag beriet am Mittwochabend auf Antrag der LINKEN in einer Aktuellen Stunde über konkrete Anforderungen für die Sicherheitsüberprüfung deutscher Atomkraftwerke. *Seiten 6 und 8*

Gaddafis Luftwaffe ist am Ende

Britische Air Force: Jetzt geht es um Bodenlage

Tripolis/London (Agenturen/ND). Die Luftwaffe von Libyens Machthaber Muammar al-Gaddafi ist laut britischer Air Force am Ende. »Die libysche Luftwaffe ist keine kämpfende Kraft mehr«, sagte Greg Bagwell, der Kommandeur der britischen Luftstreitkräfte, in der BBC. Die Flugzeuge der Alliierten könnten inzwischen nahezu ungestört operieren und die Flugverbotszone überwachen. Die Piloten der britischen Kampfflugzeuge konzentrierten sich zunehmend auf die Lage am Boden. »Wir haben ein Auge auf die unschuldigen Menschen in Libyen und stellen sicher, dass sie nicht angegriffen werden«, sagte Bagwell. »Wir halten die libyschen Bodentruppen unter ständiger Beobachtung und wir greifen sie an, wann immer sie Zivilisten bedrohen oder sich besiedelten Zentren nähern.«

Die internationale Militärallianz hat seit Dienstagmittag fast hundert Luftsätze gegen Ziele in dem Land geflogen. In den vergangenen 24 Stunden seien bei 97 Einsätzen Kommandozentralen Gaddafis, Luftabwehrstellungen und Panzer attackiert worden, sagte ein Sprecher der US-Marine an Bord des Kommandoschiffes »USS Mount Whitney« am Mittwochmittag. Seit dem Beginn des Einsatzes am Sonnabend bis zum Dienstag waren von Schiffen und U-Booten der britischen und US-Marine 162 Tomahawk-Marschflugkörper abgefeuert worden.

Kurz

Bombenanschlag in Jerusalem

Jerusalem (AFP). Bei einem Bombenanschlag in Jerusalem sind am Mittwoch mindestens ein Mensch getötet und Dutzende weitere Personen verletzt worden. *Seite 7*

Wahlen in Jemen

Sanaa (dpa). Nach wochenlangen Massenprotesten hat der jemenitische Präsident Ali Abdullah Salih nachgegeben. Der seit 32 Jahren amtierende Herrscher stimmte am Mittwoch vorgezogenen Wahlen noch in diesem Jahr zu, wie die staatliche jemenitische Nachrichtenagentur Saba berichtete. *Seite 7*

Krisengipfel

Nairobi/Abuja (dpa). Die Staats- und Regierungschefs der westafrikanischen Staatengruppe Ecomog sind zu einem Gipfel über die Lage im Krisenstaat Elfenbeinküste zusammengekommen. Auf dem zweitägigen Treffen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja soll bis Donnerstag das weitere Vorgehen der westafrikanischen Staaten erörtert werden.

Gewalt verurteilt

Genf (AFP). 83 Länder haben in einer gemeinsamen Erklärung die internationale Gemeinschaft aufgefordert, wegen sexueller Orientierung verübten Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen.